

14. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 26. September 2016

Die Ratsmitglieder wurden vor der Rathaustür von einigen Flüchtlingen und deren Unterstützern begrüßt, die auf englischsprachigen Transparenten und Handzetteln forderten, in Duisburg bleiben zu dürfen, dies aber nach dem neuen Integrationsgesetz offenbar nicht dürfen, sondern in das Bundesland zurückkehren müssen, in dem sie erstmalig registriert wurden. Im Ratssaal angekommen begrüßte der Oberbürgermeister alle Mandatsträger mit Sekt (und Saft), weil er zwischenzeitlich Geburtstag hatte.

Dieser Sitzungstermin stand unter der Überschrift "**Haushaltseinbringung 2017**", was in früheren Jahren hieß, dass OB und Kämmerer Reden hielten und alle mit den ca. 15cm dicken Haushaltsunterlagen nach Hause gingen. Im Laufe der Jahre wurden immer mehr Tagesordnungspunkte hinzugenommen und inzwischen handelt es sich um eine "ganz normale" Ratssitzung mit annähernd 100 Beratungs- und Beschlusspunkten.

Oberbürgermeister Sören Link berichtete in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsplans, dass er vor 12 Monaten den ersten Haushalt (seit 25 Jahren) mit einer 'schwarzen Null' vorgelegt hatte, sich aber schon kurz nach dem damaligen Haushaltsbeschluss die Ausgaben ganz anders entwickelt hätten, als geplant... Da er die 'schwarze Null' weiter anstrebe, hätten er und die Kämmerin inzwischen 'gegengesteuert'. Es gäbe einen deutlich sichtbaren Stellenabbau in der Duisburger Stadtverwaltung: *"Ich bin davon überzeugt, dass man den Erfolg auch sehen kann."* Seit 2012 habe er 355 Vollzeitstellen abgebaut aber neue Aufgaben von Land und Bund hätten es eigentlich erforderlich gemacht, 831 neue Mitarbeiter einzustellen. Statt dessen habe er nur 131 Personen eingestellt und dennoch alle Aufgaben erledigt. Die Finanzaufsicht (Bezirksregierung) honoriere dies jedoch nicht, sondern kritisiere die Neueinstellungen.

Der Oberbürgermeister forderte weitere Hilfen von Bund und Land, aber: *"Die Rolle als kommunaler Bittsteller in Berlin muss endlich ein Ende haben!"* 2016 hätte man den Haushalt mit einem Plus von 86 Mio. Euro abschließen können, dann aber verschlangen neue und weitere Aufgaben von Land und Bund 81 Mio. Euro, so das es am Ende nur noch ein (rechnerisches) Plus von 5 Mio. Euro waren. Als aktuelles Beispiel für seine Sparanstrengungen nannte der OB seine Pläne zur Neustrukturierung der Bezirksämter, von denen er sich eine Einsparung von 1,4 Mio. Euro verspreche - ohne Personal zu entlassen(...?). Sören Link stellte fest, dass wir mehr Unternehmen und Familien in Duisburg bräuchten, deshalb stelle er bei der EXPO-Real in München demnächst 30 Ansiedlungsflächen vor (z.B. das Mercatorquartier und die Fläche des ehemaligen Rangierbahnhofs in Wedau). Zuletzt bedankte er sich ausdrücklich bei SPD und CDU für die getroffenen Entscheidungen der letzten Zeit.

Frau Prof. Dr. Dörte Diemert, die seit 7 Monaten Stadtkämmerin in Duisburg ist, hielt anschließend ihre erste Rede. Im Duktus sehr ähnlich wie der OB. Sie erklärte dem Rat, dass die Prognosen inzwischen zwar schon etwas besser seien, aber der angestrebte Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im aktuellen Jahr noch nicht erreicht sei.

Auch im Haushaltsplan für 2017 seien alle Kriterien erfüllt, um die zusätzlichen Mittel des Landes (i.H.v. ca. 43 Mio. Euro) als 'Stärkungspakt-Kommune' zu erhalten. Sie erklärte, dass der große Flüchtlingsstrom abgeebbt sei und es ab jetzt um die Kosten für die Beschulung, Ausbildung und Integration anerkannter Flüchtlinge gehe. Der Bereich "Soziales" wachse unter anderem deshalb im kommenden Jahr auf 437,3 Mio. Euro. Allein bei den "Hilfen zur Erziehung" erwarte sie Mehrkosten i.H.v. 19 Mio. Euro.

Die so genannten 'Schlüsselzuweisungen', also die Zahlungen des Landes an die Stadt, werden im kommenden Jahr deutlich steigen, was aber auch erforderlich sei, da weiterhin Personal zur U-3-Betreuung, bei der Flüchtlingshilfe und der Feuerwehr eingestellt werden müsse. Die Kämmerin erläuterte, dass sie bei der Aufstellung des Haushaltsplans von einem *"kontinuierlichen Wachstum der Steuereinnahmen"* ausgegangen sei... Die immer noch sehr niedrigen Zinsen entlasten den Haushalt im kommenden Jahr mit ca. 18,3 Mio. Euro. Falls die Zinsen sich jedoch anders entwickelten und nur um einen Prozentpunkt stiegen, würde das den Haushalt sofort mit 17 Mio. Euro belasten.

Auch Frau Prof. Dr. Diemert appellierte *"an die Verantwortung von Bund und Land."* Zuletzt kritisierte sie scharf, dass die Bundesmittel "für die Kosten der Unterkunft" (KdU), die demnächst über die Länder an die Städte ausgezahlt werden, über den Schlüssel der Umsatzsteueranteile verteilt werden sollen, weil dann *"wohlhabende Städte wie z.B. Düsseldorf proportional mehr erhalten werden, als Not leidende Kommunen..."*

Nach diesen beiden Reden beschloss der Stadtrat, dass der gesamte Haushaltsplan in den kommenden Wochen in den städtischen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen beraten werden und dem Rat am 24.11.2016 zum Beschluss vorgelegt werden soll.

Schon beim übernächsten Tagesordnungspunkt, dem **"Sitzungsplan für 2017"** kam es zu unerwarteten Diskussionen. Die Verwaltung hatte einen Plan vorgelegt, in dem wieder nur 5 Sitzungen des Duisburger Stadtrates vorgesehen waren. Die Grünen forderten in einem Antrag, die Anzahl der Ratssitzungen auf 9 zu erhöhen. Wenn man die Ferienzeit 'abzieht', würde der Rat sich ungefähr monatlich zusammen finden, was sinnvoll erscheint und zudem die jeweilige Tagesordnung deutlich reduzieren würde. Während CDU und SPD sich sprachlos gaben (wie in vielen anderen Fällen auch), diskutierten die kleineren Fraktionen und Gruppen über die Zahl 9. Alle "Kleineren" sprachen sich zwar für mehr als 5 Sitzungen aus aber einige wollten sich *"nicht auf 9 festlegen"*, andere forderten *"mindestens 8"*. Die beiden sprachlosen großen Fraktionen hörten sich das in Ruhe an und beschlossen mit Mehrheit die Vorlage der Verwaltung...

Es folgten die in jeder Ratssitzung üblichen **Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne** städtischer Gesellschaften, bei denen auch immer die Geschäftsführungen und die Aufsichtsräte entlastet werden. Die FDP enthält sich traditionell bei allen Beschlüssen der Stimme, wo sie nicht im jeweiligen Aufsichtsgremium vertreten ist.

Dem Wirtschaftsplan der **"MSV Duisburg Stadion Projekt GmbH"** verweigerten die Freien Demokraten aber ihre Stimme, denn die Stadion-Miete war ursprünglich mit jährlich 900.000 Euro kalkuliert, die der MSV zahlen sollte. Durch die ungünstigen Entwicklungen beim Fußballverein senkte man die Miete auf 300.000 Euro, so dass die Gesellschaft im kommenden Jahr ein geplantes Minus von 441.000 Euro ausweist. Bei aller Wertschätzung für den MSV kann es auch bei einer städtischen Gesellschaft nicht

richtig sein, alle betriebswirtschaftlichen Grundsätze außer Acht zu lassen und sich bei Wirtschaftsplänen von "Herz und Bauchgefühl" leiten zu lassen. Alle anderen Mandatsträger stimmten zu.

Es folgte die "**Entflechtung der DVG aus dem VIA-Konstrukt**". SPD und CDU hatten bereits vor einiger Zeit beschlossen, aus dem gemeinsamen Verbund mit den Verkehrsbetrieben aus Mülheim und Essen auszusteigen. Die VIA hatte ein unabhängiges Gutachten erstellen lassen, um weitere Einsparmöglichkeiten zu finden und die Rentabilität zu steigern. Der Gutachter kam zu dem Ergebnis, dass eine echte Verschmelzung zu einer einzigen Verkehrsgesellschaft viele Vorteile bringen würde. Allerdings gäbe es dann nur noch einen Vorstand, nur noch einen Aufsichtsrat und nur noch einen Betriebsrat. Spätestens bei dem letzten Vorschlag war für die Duisburger Verantwortlichen klar, aus dem Projekt auszusteigen.

Als Hauptargument führen sie den Vorteil des "steuerlichen Querverbands" zwischen DVG und Stadtwerken an, der aber seit 2 Jahren schon nicht mehr errechnet werden kann, weil die Stadtwerke inzwischen kaum noch Gewinne machen. Da die Freien Demokraten diesen Zusammenschluss kommunaler Gesellschaften stets kritisiert hatten und seit vielen Jahren (möglichst private) Anteilseigner für die DVG fordern, stimmten sie der Entflechtung zu, die bis zum Jahresende vollzogen sein soll. Zur weiteren Zukunftsausrichtung der DVG soll u.a. zunächst ein Gutachten erstellt werden...

Direkt danach ging es um einen Beschluss zur "Ausschreibung und Finanzierung der Beschaffung von **47 neuen Straßenbahnen der DVG**". Die DVG benötigt neue Bahnen, verfügt aber über wenig Eigenkapital, dementsprechend wurde dem Stadtrat hier ein Finanzkonstrukt vorgelegt, wie - und unter welchen Bedingungen und Umständen- eine mögliche Finanzierung erfolgen könne. Obwohl bisher überhaupt nicht klar ist, wer die erforderlichen Kredite dafür an die DVG geben wird, erklärte die Verwaltung in dieser Vorlage, dass eine wichtige Voraussetzung für Kredite auf jeden Fall eine mindestens 22,5-jährige Linien-Auftragsvergabe der Stadt an die DVG sein wird.

Womit für weitere 22,5 Jahre ausgeschlossen wird, dass ein anderes Busunternehmen in Duisburg auch nur eine einzige Linie fahren darf, was theoretisch nach EU-Recht schon lange möglich wäre und z.B. in Frankfurt auch schon seit 10 Jahren erfolgreich praktiziert wird. Zusätzlich werden verschiedene Finanztransaktionen zwischen Stadt, Stadtwerken und DVG erforderlich, um eine Finanzierung der Bahnen zu ermöglichen. Überraschenderweise denkt die DVG (*immerhin*) darüber nach, die Wartungs- und Werkstatteleistungen an die Straßenbahnhersteller auszulagern und in der eigenen Werkstatt irgendwann Stellen abzubauen. Die Freien Demokraten stimmten gegen diese Pläne, alle anderen befürworteten und beschlossen die Vorlage.

Die nächsten Diskussionen erfolgten beim geplanten Beitritt der Stadt Duisburg zum Verein "**Metropolregion Rheinland e.V.**". Der Oberbürgermeister sollte ermächtigt werden, zu verhandeln und "*alles Notwenige für den Vereinsbeitritt zu veranlassen*". Die Grünen forderten zunächst zahlreiche Satzungsergänzungen und Änderungen und das dem Stadtrat die endgültige Vereinssatzung zum Beschluss vorgelegt werden solle. Das sahen Oberbürgermeister, SPD und CDU ganz anders, sie erklärten, dass es in der derzeitigen Gründungsphase des Vereins störend wäre, wenn man Satzungsänderungen fordern würde...

Die FDP enthielt sich der Stimme, weil ein Beitritt in diesen Verein sinnvoll sein kann, dem Rat aber viel zu wenige Informationen vorlagen, um dies beurteilen zu können.

Einige Tagesordnungspunkte später wurden "**überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**" i.H.v. 901.288 Euro für Qualifizierungsmaßnahmen der GfB (Gesellschaft für Beschäftigungsförderung) bewilligt. Da es sich um Maßnahmen zur Ausbildung von Zugewanderten aus Süd-Ost-Europa handelte, nutzen alle "Rechten" im Duisburger Stadtrat (NPD, REP, AfD und mehrere Einzelvertreter) die Gelegenheit, um gegen diese Bevölkerungsgruppe zu poltern. Alle anderen, auch die Freien Demokraten, stimmten dieser Beschlussvorlage zu, denn da es sich um EU-Bürger handelt, die ganz legal in Duisburg leben, erscheint es aus städtischer Sicht sinnvoll, bewusst ausgewählte Begabte aus- und weiterzubilden, damit sie zukünftig nicht von (städtischen) Transferleistungen leben, sondern dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

In 2 weiteren Beschlussvorlagen, die die Stadtverwaltung der Politik vorlegte, ging es um die "**Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Marientor**" und die Sanierung der maroden Stahlhochstraße. Nachdem festgestellt wurde, dass die alte Stahlhochstraße, die 1970 nur als vorübergehendes Provisorium erbaut wurde, inzwischen völlig brüchig und baufällig ist, hat die Fachverwaltung (*mal wieder*) ein externes Gutachten zur Verkehrssituation zwischen dem Theater am Marientor und dem Marientor erstellen lassen.

Der Gutachter hatte zahlreiche Varianten erarbeitet und mit neuester Computer- und Simulationstechnik durchgerechnet, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass die Situation eigentlich kaum geändert werden kann. Es wäre lediglich möglich, den Verkehr durch teilweise Verbreiterungen von einzelnen Straßenabschnitten flüssiger zu gestalten. Zur Stahlhochstraße sahen die Gutachter derzeit keine Alternative, so dass sie vorschlugen, diese zu belassen und für rund 3 Mio. Euro zu reparieren, um sie für die nächsten 10 Jahre zu erhalten. Eine längere Lebensdauer wäre dann aber definitiv ausgeschlossen.

Seit vielen Jahren 'philosophieren' Verwaltung und Politik über eine Lösung dieses Unfall- und Staubereichs, aber fast alle Beteiligten blenden bei diesen Gedanken völlig aus, dass der größte Teil des Lkw-Verkehrs bewusst(!) von Logport in Rheinhausen über die 'Brücke-der-Solidarität', quer durch den 'Siemens-Mannesmann-Bereich' und durch die Vulkanstraße, genau zu diesem Verkehrsknotenpunkt gelenkt wird. Die FDP fordert (als einzige politische Partei) seit Jahren den Bau einer direkten Straße von Logport am Rheindeich entlang direkt zur Autobahnauffahrt in Homberg/Essen, so dass der gesamte linksrheinische Lkw-Verkehr auf der linken Rheinseite verbleiben könnte. Die jetzt erforderlichen 5,7 Mio. Euro für den Umbau der Straßen und die marode Hochstraße hätte man nach Meinung der Liberalen besser in die Planung dieser linksrheinischen Osttangente investiert, daher lehnten die FDP-Mandatsträger den Verwaltungsvorschlag ab.

Da die Freien Demokraten sich vor einigen Jahren gegen den Bau einer Feuerwache an der Mercatorstraße ausgesprochen hatten, lehnten sie in einer weiteren Verwaltungsvorlage nun auch konsequenterweise die "**Beauftragung der Planungsleistungen**" für diese Feuerwache ab. Obwohl damals auch CDU und Grüne gegen die neue Feuerwache gekämpft hatten, stimmten sie jetzt den erforderlichen 1,6 Mio. Euro zu. Es geht dabei nicht um Grundstücks- oder Bauleistungen, sondern ausschließlich um Kosten für die vorbereitenden Planungen.

Es folgen zahlreiche Bebauungspläne in gesamten Stadtgebiet, die fast alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden. Mit einer Ausnahme: die FDP sprach sich gegen die Aufstellung des **"Bebauungsplans an der Borussiastraße in Neumühl"** aus und schloss sich damit der Meinung vieler Anwohner und Bürgerinitiativen an, die die geplante Bebauung für zu groß und wenig durchdacht halten und Nachteile fürchten. Alle anderen Fraktionen und Gruppen stimmten der Aufstellung und somit der Bebauung zu.

Die Fraktion JuDu/DAL forderte in ihrem Antrag **"Bürger online befragen"**, dass die Duisburger Bürger zu verschiedenen Themen "online befragt" werden sollten um der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken und Entscheidungen transparenter zu machen. Alle kleineren Fraktionen und Gruppen konnten sich diesem Ansinnen anschließen, CDU und SPD stimmten kommentarlos dagegen.

Ebenso erging es dem folgenden JuDu/DAL-Antrag, wonach die Stadt einen **"Key Account Manager"** ernennen solle, der als alleiniger Ansprechpartner für ansiedlungswillige neue Unternehmen zur Verfügung steht und durch die Verwaltungseinheiten führt. Obwohl die Bezeichnung 'Key Account Manager' etwas unglücklich gewählt wurde, konnten viele Mandatsträger dem Gedanken folgen und stimmten zu. SPD und CDU zeigten sich auch hier wortlos und unbeeindruckt...

Einen weiteren JuDu/DAL-Antrag zur **"Einführung von Abend-Märkten"** zog die Fraktion zurück, nachdem Dezernent Thomas Krützberg erklärt hatte, dass die zuständige Gesellschaft Duisburg-Kontor bereits an der Umsetzung dieser Idee arbeite.

Die Beantwortung der beiden folgenden Anfragen der Freien Demokraten zur **"Belastung der Stadtkasse durch das Eintreiben von Rundfunkbeiträgen"** im Auftrag von ARD-ZDF-Deutschlandradio und zur **"Verkehrsinfrastruktur der Logport-Ansiedlung auf dem Gebiet von Walsum-Papier"** werden erst schriftlich im Protokoll der Ratsitzung erfolgen, da sie zu umfangreich waren, um sie in der Sitzung vorzutragen, wie die zuständigen Dezernenten erklärten. Da die Zeit schon weit voran geschritten war und noch zahlreiche Tagesordnungspunkte folgen sollten, stimmten die Liberalen diesem Vorschlag zu. Ebenso wurde mit vielen anderen folgenden Anfragen verschiedener Gruppen und Fraktionen verfahren.

Später stand die **"Neustrukturierung der 7 Bezirksämter"** auf der Tagesordnung, allerdings nur als Mitteilungsvorlage an den Rat, da der Oberbürgermeister davon ausgeht, dass dies in seiner alleinigen Verantwortung als Verwaltungs-Chef liege, was von vielen Mandatsträgern (aus allen Fraktionen) anders gesehen wird. Trotz späterer Stunde ließen es sich die Grünen nicht nehmen, für ihren Antrag, wonach die Bezirksvertretungen und der Stadtrat über dieses Thema entscheiden sollten, eine geheime Abstimmung zu beantragen, die erfahrungsgemäß immer ca. 30 Minuten in Anspruch nimmt.

Vorher hatten sich schon fast alle kleineren Fraktionen und Gruppen gegen die vom OB geplanten Veränderungen ausgesprochen, z.B. weil sie Benachteiligungen für die Bürger oder die örtlichen Vereine sehen. Bei diesem Thema gab es sogar unterschiedliche Wortmeldungen innerhalb der CDU-Fraktion, wobei sich einige dem OB-Vorschlag anschlossen und andere ihn kategorisch ablehnten. Als Ergebnis der geheimen Abstimmung stimmten 54 Mandatsträger für den Vorschlag des Oberbürgermeisters und 23 dagegen, was vermuten lässt, dass nur einige wenige CDU'ler dagegen votiert hatten.

Zur "**Steigerung der Attraktivität der Innenstadt**" hatten SPD und CDU einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, in dem z.B. die "Möbelierung des öffentlichen Raums" gefordert wurde, außerdem die "Verbesserung der Sauberkeit", das "Aufstellen von Kinderspielgeräten" und "die Ausweitung öffentlichen Grüns". Zudem sollen "Schnittstellen zwischen Einzelhandel und Politik gestärkt werden", eine "Zusammenarbeit der Händler gefördert werden", der "Einzelhandel bei Festen und Märkten eingebunden werden" und "freiwilliges Engagement von Anliegern und Händlern unterstützt werden".

SPD und CDU hatten hier Selbstverständlichkeiten erkannt, die schon lange hätten erfolgen können/sollen, so dass sich viele Anwesenden fragten, wer eigentlich bisher die Verantwortung dafür trage, dass dies alles nicht geschehen sei... Die Diskussion wurde aber von einer weiteren Forderung im Antrag von CDU und SPD beherrscht, nämlich ein "Konsumverbot von Alkohol" außerhalb der Außengastronomie und öffentlicher Feste. Die Mandatsträger diskutierten langatmig über Gründe, Versorgung und Hilfen bei Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und Obdachlosigkeit und ob es sinnvoll und angebracht sei, die stadtbekannt "Szene" im Bereich des Kuhtors (vor Netto) zu verdrängen.

Die Freien Demokraten taten sich schwer mit dieser Entscheidung, stimmten dem Antrag aber letztendlich zu, denn die zahlreichen lauten, ungepflegten und leider oft auch aggressiven Trinker am Kuhtor bekümmern, bedrängen und beeinträchtigen Händler und Kunden zunehmend und schaden somit beträchtlich dem Stadtbild. Da den Betroffenen laut Antrag auch aktive Hilfe angeboten werden soll, erscheint eine befristete halbjährige Testphase sinnvoll.

Als letzter Tagesordnungspunkt des öffentlichen Teils der Ratssitzung stand ein **gemeinsamer Antrag von Linken, PSL und FDP** auf der Tagesordnung, was zunächst etwas merkwürdig anmutet. Die Linken hatten den Antrag formuliert und ihn im Vorfeld der Ratssitzung an die anderen Geschäftsstellen versendet, mit der Bitte um Unterstützung. Nach kurzer Beratung meldeten die Liberalen zurück, dass sie diesen Antrag mittragen. Das diese Rückmeldung von den meisten anderen Fraktionen nicht erfolgt ist, ist wohl lediglich der knappen Zeit geschuldet, führte letztendlich aber zu dieser ungewöhnlichen 'Antragssteller-Kombination'.

Die grundverschiedenen Antragsteller forderten Land und Bund auf, neue Finanzierungsmöglichkeiten für die bestehende Schulsozialarbeit zu suchen. Der Bund hatte die Finanzierung von Schulsozialarbeitern innerhalb des Bildungs- und Teilhabeprojektes gefördert, das aber seit 2014 nicht mehr existiert. Das Land hat seitdem eine Ersatzfinanzierung bis Ende 2017 zugesagt. Für die folgende Zeit sollten Land und/oder Bund die Finanzierung sichern, denn die Schulsozialarbeiter leisten, nach übereinstimmender Meinung aller Beteiligten, außerordentliche Arbeit und sind aus dem heutigen Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Dieser Antrag wurde von allen anderen Ratsfraktionen begrüßt und einstimmig beschlossen.

Die nächste reguläre Sitzung des Duisburger Stadtrates ist für den 24. November 2016 geplant, dann soll der Haushaltsplan für 2017 beschlossen werden. Nach dieser Sitzung berichten wir Ihnen wieder über die getroffenen Entscheidungen, den Sitzungsverlauf und über besondere Eindrücke aus liberaler Sicht. Bis dahin wünschen wir Ihnen schöne Herbstferien und eine erfolgreiche Zeit.